Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 39. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 08.09.2025

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

6. Letter of Intent (LOI) zur Vernetzung der Leitstellen der Kreise Gütersloh und Paderborn - DS-Nr.: 6481 -

Die SPD-Fraktion erkundigte sich, ob die Überlegungen des Landes NRW zur Veränderung der Leitstellenstruktur wirtschaftliche Risiken für den Kreis Gütersloh mit sich brächten. Bei einer Zentralisierung der Leitstellen auf je 1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern sei zu befürchten, dass der eingeplante Raum im Bevölkerungsschutzzentrum nicht benötigt werde.

Die Verwaltung erklärte, dass diese Fragestellung bereits in der Diskussion um den Umzug der Kreisleitstelle in das neue Bevölkerungsschutzzentrum aufgegriffen worden sei. Es lägen aber noch keine näheren Details zu den Überlegungen des Landes vor. Daher habe man zunächst die Kooperation mit der Leitstelle des Kreises Paderborn vorangetrieben, um bereits einen größeren Verbund zu schaffen und möglichst viele Synergien zu heben. Zudem arbeite sie mit dem Kreis Warendorf zusammen.

Die CDU-Fraktion warf ein, dass man mit diesen beiden Kooperationen die im Raum stehende Größe von 1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern bereits annähernd erreicht habe. Es sei den Bürgerinnen und Bürgern allerdings nur schwer zu erklären, wenn die angedachten Räumlichkeiten im Bevölkerungsschutzzentrum mit einer Bausumme von rund 8 Mio. € später nicht als Leitstelle genutzt würden. Der Landtag solle daher schnellstmöglich eine Entscheidung treffen.

Mitglied Klute MdL (SPD-Fraktion) stimmte dem zu. Die Anhörung der Verbände und Kommunen sei bereits vor rund einem Jahr eingeleitet worden und habe viel Gegenwind erzeugt. Insbesondere Qualitätsgesichtspunkte, wie Kosten und Personal, sprächen jedoch für eine Zentralisierung der Leitstellen. Da sich vor allem der Landkreistag deutlich gegen die Pläne positioniere, rechne er nicht damit, dass es in diesem Jahr noch zu einer Gesetzesänderung komme. In einer Veranstaltung am 30.09.2025, zu der die beteiligten Landesministerien, die Landrätinnen und Landräte sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eingeladen seien, wolle der Landkreistag seine Position nochmals deutlich machen. Er selbst habe noch keine abschließende Meinung dazu.

Die GRÜNE-Fraktion sprach sich für den vorliegenden Beschlussvorschlag aus. Auf die Entscheidung des Landes solle nicht gewartet werden, zumal die Kooperation mit dem Kreis Paderborn die weitere Entwicklung nicht behindere.

Die CDU-Fraktion schloss sich dem an, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass sich das Bevölkerungsschutzzentrum bereits im Bau befinde. Sie befürchte, dass die Mittel durch die Zentralisierung der Leitstellen schlussendlich vergeblich aufgewandt würden, wenn es an näheren Informationen seitens des Landes fehle.

Sodann verabschiedete der Kreisausschuss folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Der Landrat wird beauftragt, den als Anlage beigefügten Entwurf des Letters of Intent mit dem Kreis Paderborn zu unterzeichnen und die vertraglichen Voraussetzungen zur Gestaltung der Kooperation zu schaffen.

Ergebnis: Einstimmig